

«Es ist eine moralische Verpflichtung»

Kanton Zug Im November hat die Direktion des Innern den Forschungsauftrag zur historischen Aufarbeitung der sozialen Fürsorge erteilt. Nun wurden die Gemeinden angefragt, sich ebenfalls an den Kosten zu beteiligen. Davon sind nicht alle begeistert.

Andrea Muff und Rahel Hug
redaktion@zugerzeitung.ch

Es ist ein emotionales Thema: die historische Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. Seit Jahren ist bekannt, dass vielen Betroffenen grosses Unrecht geschehen ist – nun will die Zuger Regierung das dunkle Kapitel vertieft wissenschaftlich aufarbeiten. Denn es besteht eine grosse Forschungslücke. Im Sommer hat die Regierung 400 000 Franken aus dem Lotteriefonds für das Projekt gesprochen. Seither läuft die Suche nach weiteren Finanzierungsquellen. Angesprochen sind auch die Gemeinden.

Doch nicht alle wollen sich beteiligen, wie das Beispiel von Hünenberg zeigt. An der Gemeindeversammlung vom Montag brachte Kantonsrätin Rita Hofer (ALG) das Thema zur Sprache.

Sie forderte, 14 000 Franken als Solidaritätsbeitrag in das Budget 2019 aufzunehmen – was der Gemeinderat und schliesslich auch die Anwesenden ablehnten. «Wir sind nicht gegen die Aufarbeitung», erklärte Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann. Doch man sei nicht einverstanden mit dem Vorgehen und der Höhe des Beitrags. Es könne nicht sein, dass alle Gemeinden, einwohnerstarke und kleinere, einen gleich hohen Beitrag bezah-

len sollen. «Ausserdem waren wir etwas irritiert, dass das Projekt des Kantons Zug insgesamt 950 000 Franken kostet. In Zürich beispielsweise ist es um einiges günstiger», legte Hürlimann dar. Der Hünenberger Gemeinderat hat deshalb der Direktion des Innern einen Brief geschrieben. «Darin zeigen wir unsere Sicht auf und teilen der Regierung mit, dass wir durchaus offen sind, einen Beitrag zu leisten, falls die Verteilung anders ausgelegt und der Gesamtbetrag reduziert wird», so Hürlimann.

Eine Nachfrage bei der zuständigen Regierungsrätin, Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard, zeigt, dass es sich

keinesfalls um ein starres System handelt, wonach jede Gemeinde den vorgeschlagenen Beitrag leisten muss. «Es geht nicht um eine rechtliche Verpflichtung für die Gemeinden, sich an diesem Projekt finanziell zu beteiligen, sondern um eine moralische Verpflichtung. Wir freuen uns über jeden Beitrag», stellt Weichelt klar. Die Gemeinden hätten vom Kanton gefordert, als gutes Beispiel voranzugehen. «Und das haben wir getan.»

Beitrag kann auch gestaffelt werden

Die Direktorin des Innern erklärt: «Der Finanzierungsschlüssel ist so gewählt, dass die Beiträ-

ge für jede Gemeinde verkraftbar sind.» So könne die Gemeinde etwa einmalig 13 000 Franken einzahlen oder die Unterstützung auf maximal drei Jahre verteilen – das wären dann rund 4300 Franken pro Jahr. Sicherlich hätte man auch nach Anzahl Heimen, die es damals im Kanton gab, die Beiträge verteilen können. «Das würde aber die kleineren Gemeinden mit höheren Beiträgen treffen, denn gerade im Ägerital hatten wir viele Heime», so Weichelt. Zudem könnten die beiden Projekte von Zug und Zürich nicht miteinander verglichen werden. «Im Zentrum der Recherche standen im Kanton Zürich die Personendos-

siers und die Buchhaltung von fünf Institutionen», erklärt sie. Im Kanton Zug ist das Projekt umfassender. Denn hier besteht eine sogenannte Forschungslücke, die es im Kanton Zürich so nicht gibt.

Ein Blick auf den aktuellen Stand der Finanzierung des Forschungsprojekts zeigt, dass die private Guido-Fluri-Stiftung eine grosse Unterstützung von 100 000 Franken geleistet hat. Mit je 13 000 Franken haben sich die Stadt Zug und die Gemeinden Menzingen und Risch beteiligt. Mit einem Beitrag von 20 000 Franken hat auch die Reformierte Kirche Kanton Zug ein Zeichen gesetzt.

Hindernisfreiheit als eine Herzensangelegenheit

Zug Die Rechtsanwältin Manuela Leemann hat den Sprung in den Grossen Gemeinderat wie auch in den Kantonsrat geschafft. Nun erhielt sie ausserdem Anerkennung von der Schweizer Paraplegiker-Stiftung.

Die «Querschnittsgelähmte des Jahres» heisst Manuela Leemann. Bereits zum 26. Mal hat die Schweizer Paraplegiker-Stiftung diesen Titel vergeben. «Diese Anerkennung freut mich sehr», sagt die 37-Jährige. Besonders, weil die Ehrung von Menschen kommt, die verstehen, wie es ist, im Rollstuhl zu sitzen. Gemäss der Jury ist sie ein Vorbild für andere Betroffene, denn: Sie lässt sich nicht unterkriegen.

Die Zugerin hatte 1997 einen Unfall, bei dem sie so unglücklich stürzte, dass der fünfte Halswirbel brach. Seitdem ist sie Tetraplegikerin. «Der Unfall hat vieles in meinem Leben verändert, plötzlich war ich auf Hilfe angewiesen», erinnert sie sich. Doch sie hat gekämpft. Nach neun Monaten Rehaklinik kehrte sie zurück in ihre Klasse und schloss die Matura ab. «Ich bin jemand, der ein Ziel vor Augen braucht», betont sie. Weshalb es ihr auch gelungen sei, im Alltag oder Beruf immer wieder Neues zu erreichen. «Von einem Moment auf den anderen konnte ich überhaupt nichts mehr selbstständig machen, trotzdem hatte ich Ziele und Träume, die ich Schritt für Schritt erreichen wollte», erklärt sie. Und dieses Vorgehen bewährte sich. Als Tetraplegikerin ist sie stark eingeschränkt. In alltäglichen Situationen wie dem Aufstehen, dem Jacke-An- oder -Auszie-

hen benötigt sie Unterstützung. «Dank Angeboten wie der Spitex kann ich selbstständig wohnen, wobei mich auch mein Freund tatkräftig unterstützt», wie sie berichtet. Nichtsdestotrotz gibt es für sie auch jetzt noch unangenehme Situationen. «Ich musste lernen, Hilfe anzunehmen, was für mich anfangs schwierig war und ich auch jetzt noch nicht gern mache», sinniert sie. Sie weiss aber, dass sie sich dadurch viel freier bewegen kann.

Auch in der Öffentlichkeit muss sie oft um Hilfe bitten. Etwa, wenn sie beim Einkaufen nicht an die Waren kommt, die oben im Regal liegen. «Viele Menschen haben zwar Berührungängste, aber sind durchaus hilfsbereit, wenn man sie danach fragt», führt sie aus. Durch ihre körperliche Einschränkung hat sie ausserdem immer wieder die Chance, neue Menschen kennen zu lernen. Auf ihrem früheren Arbeitsweg nach Luzern machte sie im Zug beispielsweise schon spannende Bekanntschaften, weil sie beim Einsteigen Unterstützung brauchte. «Schön, auf diese Weise Kontakte knüpfen zu können», freut sie sich.

Nächstes Jahr kommt eine neue Aufgabe auf die Rechtsanwältin zu. Denn sie wurde am 7. Oktober für die CVP in den Grossen Gemeinderat und den Kantonsrat gewählt. Für ihren Wahl-



Manuela Leemann ist «Querschnittsgelähmte des Jahres 2018».

Bild: Maria Schmid (Zug, 14. Dezember 2018)

kampf hat sie Videos gedreht. «Das musste ich erst lernen», verrät sie, «doch ich wollte unbedingt einen etwas unkonventionelleren Wahlkampf betreiben.»

«Noch Luft nach oben»

Sie erklärte in ihren Videos, wofür sie sich künftig politisch engagieren will, und hat auch Schwierigkeiten angesprochen. So muss laut der Geschäftsordnung des Kantonsrats der Eid stehend abgelegt werden – für sie unmöglich. Die Staatskanzlei habe aber umgehend reagiert und eine Passage eingefügt, die es Menschen in Leemanns körperlichem Zustand erlaubt, diesen Eid auch sitzend abzugeben. Besonders die Hindernisfreiheit ist für sie eine Herzensangelegenheit. «In den letzten Jahren hat sich viel getan. Aber es ist immer noch Luft nach oben», betont sie. Beispielsweise kann sie aus sicherheitstechnischen Gründen in kein Kino der Stadt Luzern, weil es keine Rollstuhlplätze gibt und sie nicht mit ihrem Rollstuhl im Gang sitzen darf. Sie ist sich aber sicher, dass sie in dieser Hinsicht etwas bewegen kann. «Ich habe teilweise einfach einen anderen Blick auf die Geschäfte», überlegt sie.

Vanessa Varisco
vanessa.varisco@zugerzeitung.ch

ANZEIGE

waldis
working places

PRODUKTIVITÄT LÄSST
SICH EINRICHTEN



vitra.

Waldis Büro und Wohnen AG
Schweighofstr. 14 · Kriens

waldis-ag.ch